

Atomausstieg fortsetzen – Neue Endlagersuche endlich beginnen!

Die Atom-Partei FDP und CDU-Ministerpräsident Christian Wulff wollen Niedersachsen mit Atommüllendlagern im Schacht Konrad und in Gorleben zum Atomklo der Republik machen. Beide Parteien fordern den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken und wollen die Option auf Neubau erhalten. Angesichts der Risiken, der ungelösten Entsorgungsfrage und der mangelnden Akzeptanz dieser Technik stellen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen diesen Forderungen energisch entgegen. Einen Ausstieg aus dem Ausstieg darf es nicht geben. Das Moratorium in Gorleben muss bleiben.

Wir begrüßen das zum 1. Juli 2005 in Kraft tretende gesetzliche Verbot aller Atommülltransporte in die hochriskanten Wiederaufarbeitungsanlagen Sellafield und La Hague.

Sellafield mahnt zum beschleunigten **Ausstieg**

Der mehrere Wochen lang vertuschte schwere Atomunfall in der WAA Sellafield hat erneut gezeigt, welche enorme Gefährdung für Mensch und Umwelt von der Atomenergie ausgeht.

In Sellafield waren im April 2005 nach einem Rohrbruch etwa 20 Tonnen eines hochaktiven Uran-Plutonium-Gemisches in Salpetersäure ausgelaufen. Der Anteil des bereits in Mikrogramm für einen einzelnen Menschen tödlichen Ultragiftes Plutonium an der ausgelaufenen Säure beträgt nach Betreiberangaben 200 Kilogramm. Diese Menge reicht aus für den Bau von 20 Atombomben. Wie diese hochstrahlenden Abfälle geborgen werden können, ist völlig ungeklärt.

Bereits 1957 ereignete sich in der Vorgängeranlage Windscale einer der größten nuklearen Unfälle vor der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Ein Brand in Windscale konnte erst nach drei Tagen gelöscht werden; eine atomare Wolke zog über Großbritannien hinweg und verseuchte weite Landstriche.

Aber auch das alltägliche Gefahrenpotential ist insbesondere in den Wiederaufarbeitungsanlagen enorm. Die Anlagen bieten praktisch keinen Schutz gegen Flugzeugangriffe. Allein in Sellafield werden 7.500 Tonnen abgebrannter Brennelemente und 80 Tonnen Plutonium gelagert, ein Vielfaches mehr als in den AKWs. Der explosive Inhalt der Abklingbecken enthält 67-mal soviel an Cäsium-137 wie 1986 in Tschernobyl freigesetzt wurde.

Eine Untersuchung der britischen Regierung nach dem New Yorker Anschlag vom 11. September führte zu dem Ergebnis, dass ein Terroranschlag auf die WAA Sellafield „den größten Teil Nordeuropas in eine verstrahlte Todeszone“ verwandeln könnte.

Dem Rollback widerstehen

Kaum war bekannt, dass es Neuwahlen geben wird, schossen die Aktienkurse der Atomstromproduzenten in die Höhe. Die Unternehmen wissen, dass nur starke Grüne im Bund Garanten für den eingeschlagenen Weg der energiepolitischen Erneuerung sind. Nur Bündnis 90/Die Grünen garantieren das weitere Abschalten von Atomkraftwerken und den Ausbau Erneuerbarer Energien. Der Regierungswechsel in Niedersachsen hat eindrucksvoll vor Augen geführt, dass die Union allen historischen Erfahrungen mit den Risiken der Atomkraft zum Trotz auf einem unverantwortlichen Atomkurs ist und energiepolitisch den Weg zurück eingeschlagen hat – weg von den Erneuerbaren, weg von der Erneuerung hin zu atomarer Restauration. Allen Versuchen zu einem Rollback in der Atompolitik, sei es im Land oder im Bund, werden wir uns energisch widersetzen. Atomstrom leistet keinen Beitrag für eine zukunftsfähige Energieversorgung. In den kommenden Jahren werden längst überfällige Investitionen in hocheffiziente Gaskraftwerke und KWK-Anlagen in der Größenordnung von 19 Mrd. Euro 40.000 MW Leistung ersetzen. Wer wie CDU und CSU jetzt eine Verlängerung der Laufzeiten fordert, wer Altanlagen wie Zitronen ausquetschen will, statt sie rechtzeitig vom Netz zu nehmen, der spielt nicht nur mit der Sicherheit der Bevölkerung, sondern gefährdet diese Investitionen in modernste Technologie und damit auch in zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Die folgenden Gründe sprechen nach wie vor gegen die Produktion von Atomstrom:

1. Solange es zivile Kraftwerke zur Produktion von Atomstrom gibt, kann die Gefahr einer „Zweckentfremdung“ durch totalitäre und fundamentalistische Regime nicht gebannt werden. Der Iran und Nordkorea zeigen, wie hoch die Versuchung zum Mißbrauch, wie hoch das Erpressungspotential ist und wie schwer es der internationalen Gemeinschaft fällt, den Pakt zur Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen durchzusetzen. Ein Widereinstieg in den Ausbau der Atomkraft ließe sich nicht auf „zuverlässige“ Staaten begrenzen. Mittelfristig würde es gerade in den Krisenregionen der Welt zu einem neuen Wettlauf um den Besitz von Atomwaffen kommen.
2. Das Restrisiko war gestern: *„Nach dem 11.9. wird nie wieder jemand den Absturz eines Flugzeuges auf ein Atomkraftwerk als Restrisiko bezeichnen können. Und dass dieses Restrisiko als vernachlässigbar hinzunehmen sei, ist heute unverantwortlich.“* (Zitat Bundesumweltminister Jürgen Trittin) Von terroristischen Anschlägen auf Atomkraftwerke, Zwischenlager und andere nukleare Anlagen bis zum Bau von „schmutzigen Bomben“ mit entwendetem Nuklearbrennstoff bietet die zivile Nutzung der Atomenergie eine Vielzahl von Missbrauchsmöglichkeiten. Versuche zur Minimierung dieser Risiken durch technische Mittel, wie beispielsweise die Vernebelung von Atomkraftwerken, können nur als lächerlich bezeichnet werden.
3. Atomkraft ist auch heute noch hochsubventioniert. Der Preis für eine Kilowattstunde Strom aus Atomkraft würde um ein Vielfaches höher liegen, wenn die Betreiber Betriebshaftpflichtversicherungen abschließen müssten, die mögliche Havarie-Schäden voll abdecken würden. Jedes Windrad und jeder PKW ist immer noch besser versichert als ein Atomkraftwerk; zusätzlich nehmen die Betreiber noch immer steuerfreie Entsorgungsrückstellungen in Höhe von ca. 35 Mrd. Euro Anspruch, die milliardenschwere Zinsvorteile ermöglichen. Die EU gibt immer noch doppelt soviel Subventionen für Atomforschung aus, wie für Erneuerbare und Konventionelle Energien zusammen.
4. Die Frage wie Jahrtausende strahlender Atommüll sicher gelagert werden kann, ist weltweit weiterhin ungelöst. Die Menge des globalen Strahlenmülls aus Atomkraftwerken ist bereits auf 150.000 Tonnen angewachsen, für die es nach wie vor kein gesichertes Endlager gibt. In den USA scheiterte ein Endlager in den Yucca Mountains in Nevada vor Gericht an der mangelnden Langzeitsicherheit und Erdbebengefahr.
5. Atomkraft schafft keine Versorgungssicherheit, weil der Brennstoff Uran genauso endlich ist, wie Rohöl. Das Global Challenges Network geht davon aus, dass die Uranvorräte noch maximal 40-50 Jahre ausreichen werden. Die tatsächliche Reichweite hängt allerdings stark von der Zahl der noch betriebenen Atomkraftwerke ab.
6. Atomkraft leistet keinen Beitrag zum Klimaschutz. Atomkraftwerke produzieren über die gesamte Produktions- und Entsorgungskette ähnliche CO₂-Mengen wie konventionelle Kraftwerke. Hingegen haben hochmoderne Gaskraftwerke und dezentrale Kraftwärmekopplungs-Kraftwerke schon heute deutlich bessere Wirkungsgrade. Über effiziente Energietechnik läßt sich in den nächsten zwanzig bis dreißig Jahren der heutige Energieverbrauch halbieren. Das ist ein Vielfaches dessen, was Atomkraftwerke heute zum Energiemix beitragen.
7. Die Technik zur Produktion von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien steht bereit. In einem künftigen Energiemix werden wir die Hälfte des heutigen Energieverbrauchs ohne Wohlstandsverzicht einsparen können. Der verbleibende Energiebedarf kann allein zu 40-50% mit Biomasse gedeckt werden. Windkraft, Wasserkraft, Geothermie, Photovoltaik, Solarthermie und andere erneuerbare Energien werden die fossilen Energiequellen immer mehr zurückdrängen. Forschung und Entwicklung versprechen große Quantensprünge für mehr Energieeffizienz bei Brennstoffzellen, Speichertechnologien, Kraftwärmekopplung, Bioraffinerien, Photovoltaik, und Antriebstechnik im Bereich der Mobilität. Gerade in der Haustechnik und im Automobilsektor schlummern noch gigantische Effizienzreserven. Bei vielen Techniken zur effizienten Energienutzung ist Deutschland heute schon Marktführer. Hier sind viele neue Arbeitsplätze entstanden und hier werden in Zukunft noch sehr viele Arbeitsplätze entstehen. Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hängt ganz maßgeblich von einer ökonomisch und ökologisch zukunftsfähigen Energieversorgung ab, die auch den Herausforderungen des Klimaschutzes gerecht wird.

Atomkraft – Nein, danke!

Und auch in Deutschland besteht das Risiko einer nuklearen Katastrophe nach wie vor. Nach der von Rot-Grün 2003 erreichten Stilllegung des AKW Stade und der im Mai 2005 erfolgten Abschaltung des Atomkraftwerks Obrigheim sind noch 17 Atomkraftwerke weiter in Betrieb. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen setzen sich daher weiter für eine beschleunigte Fortsetzung des Atomausstiegs ein und werden dies zu einer zentralen Frage im Bundestagswahlkampf und möglicher Koalitionsverhandlungen machen.

Endlagergesetz jetzt

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wie die Regierungskoalition insgesamt stehen dabei im Wort. Wir haben uns politisch auf den Beginn des Endlager-Suchverfahrens festgelegt und das auch mit unserem Koalitionspartner förmlich vereinbart. In Regierungsverantwortung wurde auch die Einberufung eines Expertenkreises „Arbeitskreis Endlager-Suche“ durchgesetzt, der – trotz atompolitisch heterogener Zusammensetzung - konsensual! – einen detaillierten Verfahrensvorschlag ausgearbeitet und Ende 2002 verabschiedet hat.

Seitdem stehen die Umsetzung der Schritte des AK End und die rechtliche Fixierung des Suchverfahrens in einem Bundesgesetz auf der Tagesordnung.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen drängen daher auf Einhaltung der von den Regierungspartnern eingegangenen Verpflichtung in der Endlagersuche.

Wir fordern die Bundesregierung in ihrer Gesamtheit auf, unverzüglich ein Endlager-Suchgesetz vorzulegen und erwarten parallel, dass das Auswahlverfahren mit den vom AK End beschriebenen Schritten unabhängig von der gesetzlichen Regelung umgehend eingeleitet wird.

Zu den Inhalten eines Endlager-Suchgesetzes machen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen fünf generelle Gesichtspunkte geltend:

- **Sicherheit hat Vorrang**
Zentrales Ziel bei der Auswahl für ein Nationales Endlager ist für uns Grüne die Gewährung von Langzeitsicherheit für Mensch und Umwelt vor radioaktiver Strahlung. Angesichts einer erforderlichen Langzeitsicherheit für Zehntausende von Jahren ist die Anforderung an die geologischen Barrieren gewaltig.
- **Verursacher müssen zahlen**
Das Endlagergesetz muss die volle finanzielle wie die organisatorische Verantwortung der Verursacher des Strahlenmülls klarstellen, zugleich aber unmissverständlich und uneingeschränkt die Kontrolle und die Handlungskompetenz des Staats festschreiben. Ein Rückzug des Staats aus der Leitung des Suchverfahrens und ihre Übertragung auf Privatunternehmen ist nicht akzeptabel.
- **Bevölkerung aktiv einbeziehen**
Die Bevölkerung und die kommunalen Gebietskörperschaften der betroffenen Regionen müssen von Beginn an aktiv, intensiv und verantwortlich in das Such- und Auswahlverfahren und in seine Gestaltung einbezogen werden. Programme der Regionalentwicklung, die in enger Absprache mit der Bevölkerung und ihren gewählten Organen erarbeitet werden, sind mit der Standortsuche zu verbinden. Die Akzeptanz eines Standorts in der Region sollte ein zentrales Kriterium im Auswahlverfahren sein. Dabei darf es allerdings keine Abstriche an der Sicherheit geben.
- **Kein Endlager in Gorleben**
Wir unterstreichen noch einmal die Feststellung, dass der Salzstock bei Gorleben aufgrund starker Defizite des Decklagers das für ein verantwortbares Endlager erforderliche Mehrbarrierenkonzept offenkundig nicht erfüllt.
- **Kein Atommüll ins Ausland**
Wir halten an der Verpflichtung, ein nationales Endlager auszuweisen sowie am Verbot jeglichen Exports von radioaktivem Müll uneingeschränkt fest und unterstreichen die Notwendigkeit, beides endlich gesetzlich zu regeln.